

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Telefon: 20951

spd/II/36

Hannover, 6. Mai 1947 - Bl. 1

Der Sinn der Verfassung

F.S. Kann eine Reihe von Länderverfassungen, kann die Summe dieser Verfassungen eine Reichsverfassung ersetzen oder auch nur vorübergehend entbehrlich machen? Nachdem nun auch in der britisch besetzten Zone Deutschlands die neuen Landtage an die Arbeit gehen, Landesverfassungen zu entwerfen, zu beraten und zu verabschieden, darf damit gerechnet werden, daß zum Ende dieses Jahres ein halbes Dutzend oder mehr Landesgrundgesetze in Deutschland bestehen, die die Menschenrechte, die Pflichten der Bürger des Landes, die Stellung und Struktur der Wirtschaft, die Prinzipien der kulturellen Arbeit, die Staatsorganisation und vieles andere mehr zu regeln bestrebt sind. Eine Reichsverfassung wird es dann noch nicht geben, und es ist wenig Hoffnung, daß es sie bald danach geben wird. In dieser Tatsache und in dem so entstehenden Zustand liegt eine Gefahr für Deutschland und für die Demokratie in diesem Lande.

Zunächst könnte man auf Großbritannien hinweisen und sagen, dort lebe man seit Jahrhunderten ohne geschriebene Verfassung und es gehe auch. Der Vergleich überzeugt nicht. Die Bedingung des materiellen und politischen englischen Lebens ist seine Lage auf der Insel am Rande Europas. Dort entwickelte sich, zum Teil in schweren Kämpfen, das Bewußtsein der Schicksalsverbundenheit der Menschen umso lebhafter und intensiver, je nachdrücklicher die Bewohner des Landes begriffen, daß die Voraussetzungen ihres materiellen Lebens in Grunde zusammenlaufen in der Tatsache der maritimen Lage des Landes. Die Formen des Zusammenlebens der Menschen entwickelten sich unter dem bestimmenden Einfluß der nüchternen Erkenntnis von Möglichkeiten und Grenzen. Die Verhältnisse waren einfacher, das Wenn und Aber des wirtschaftlichen, geistigen und politischen Daseins war unzweideutig. Also genügten die Prinzipien der Magna Charta, die zu Beginn des 13. Jahrhunderts geschaffen wurde. Der Sinn

für Maß und Chance ordnete das Verhalten der Menschen und des Volkes nach innen und außen. Das ist in Deutschland und für die Deutschen nicht so. Ihre Geschichte und die Lage des Landes bezeugen vielfältigere Einflüsse und diese erzeugten einen weit geringeren Sinn für die Nüchternheit und Klugheit, für Politik und politisches Handeln. Der Durchschnittsengländer weiß vielfach weit weniger von politischen Tatsachen als mancher Deutsche, dessen angeborene Gründlichkeit ihn zum Studium drängt. Aber der Engländer bedenkt das was er sieht und zu regeln hat mit einem ihm offenbar angeborenem Sinn für den Ausgleich, für das Kompromiß, für das Unwägbare, das so mächtig sein kann. Der Deutsche braucht die Form, die Regel, die Vorschrift, wenigstens einstweilen noch, um sein Dasein nach allen Seiten sichtbar und klar abzugrenzen, seine Rechte und Pflichten zu erkennen und "die Dinge alle übersehbar offen" vor seinen physischen und geistigen Augen zu haben. Darum schreibt er sich seine Verfassung, was nicht bedeutet, daß er als Volk dann auch in der Verfassung ist, die er beschreibt und mit dem Willen der Mehrheit beschließt.

Die bisher errichteten Länderverfassungen, die in Süddeutschland geschaffen wurden, stimmen weder im Aufbau noch in den Formulierungen überein, was auch nicht erforderlich wäre, wenn der Geist überall gleich wäre, der in ihnen atmet. Wer aber wollte das behaupten, wenn er etwa die badische und die hessische Verfassung, die bayerische und die württembergische miteinander vergleicht? Abgesehen von so konkreten Prinzipien wie es die Forderung nach der Sozialisierung in der hessischen Verfassung ist, die sonst nirgendwo auch nur in der Andeutung wiederzufinden ist, sind auch die allen gemeinsamen Bekenntnisse zu Grundrechten und Grundpflichten der Menschen in einzelnen unterschiedlich. Wo sind die klaren und uneingeschränkten Bekenntnisse zur Deutschen Republik, wo ist die unzweideutige Unterstellung der Teile unter das beherrschende Prinzip des Ganzen: Reichsrecht bricht Landesrecht? Die Gefahr ist unbestreitbar, daß sich die Verfassungen in der Organisation demokratischer Formen erschöpfen und keine oder nicht ausreichende Ansatzpunkte für die Entwicklung eines demokratischen Lebens schaffen, das nicht nur auf politischen, sondern nicht minder auch auf wirtschaftlichen und kulturellen Gebiet breit auslaufend entstehen soll. Die Verfassungen wollen die demokratische Idee realisieren oder doch die Voraussetzungen für eine Verwirklichung der Idee schaffen. Sie dürfen dann nicht übersehen, daß das politische Leben nicht von den Sorgen und Hoffnungen des Volkes, nicht vom Alltag getrennt werden kann. Nur die Demokratie wird gefestigt und in den Hirnen und Herzen verwurzelt sein, die das gesamte Dasein des Volkes durchdrungen hat, die den Aufbau seiner Bildungseinrichtungen so bestimmt wie die Bildungsaufgabe selbst, die der Organisation der Wirtschaft ihren Stempel aufdrückt und die die Überlegungen der wirtschaftlichen Planung und Arbeit ausschließlich im Blick auf das Wohl des Volkes und nicht einzelner leitet. Eine solche notwendige Realisierung der geistigen und ökonomischen Kräfte ist aber in Deutschland nur möglich, wenn alle Teile des Ganzen wieder das Ganze bilden und unter dem bestimmenden Einfluß der lebenswichtigen Interessen des Volkes stehen, ganz gleich, wo dieses Volk in Deutschland wohnt und an welchem Teil der gesamten materiellen und geistigen Volkswirtschaft es gerade mitarbeitet. Verfassungen, die ihren Sinn nicht in allen einzelnen Bestimmungen und in ihrer Gesamt Tendenz auf das Ganze richten, haben keinen Sinn.

Neuer Kurs der Labour-Regierung

(Von unserem gelegentlichen Mitarbeiter in England)

London, Anfang Mai

Die englische Regierung hat bisher gegenüber den Angriffen der konservativen Opposition eine betonte Zurückhaltung bewahrt. Sie hat die Vorwürfe nicht einfach ignoriert, aber sie mied es peinlich, auf die angeschlagene Tonart einzugehen und glaubte, die schweren Säbelhiebe der angreifenden Tories mit dem eleganten Florett parieren zu können. Diese Einstellung entsprang dem Willen, die politische Atmosphäre nach Möglichkeit zu entgiften und das traditionelle hohe Niveau des politischen Kampfes in England nicht abgleiten zu lassen.

Es zeigte sich indessen, dass diese Einstellung des Kabinetts Attlee von Churchill und den übrigen Wortführern der Opposition missdeutet und als ein Zeichen von Schwäche gewertet wurde. Die Angriffe wurden in der letzten Zeit immer schärfer und derber und veranlassten schliesslich die englische Arbeiterregierung, einen radikalen Kurswechsel vorzunehmen und auf einen groben Klotz einen groben Keil zu setzen. Attlee, Bevin, Cripps und Dalton, die jüngst niemand anders als Sir David Maxwell-Fyfe, der englische Ankläger beim Nürnberger Kriegsverbrecherprozess und einer der massgebendsten Sprecher der Tories, als "Englands unheilbringendes Alphabet" zu bezeichnen beliebte, haben es satt, Diffamierungen und persönliche Beleidigungen um des lieben Friedens willen mit einem süß-säuerlich lächeln zu schlucken. Sie sind jetzt zum Gegenangriff übergegangen.

Den Auftakt machte Premierminister Clement Attlee, als er bei einer Rede vor den schottischen Gewerkschaften in Glasgow gegen Winston Churchill scharf vom Leder zog und ihn u. a. den "verneuernden englischen Schatzkanzler des Jahrhunderts" nannte. Shinwell und Sir Hartley Shawcross liehen inzwischen in die gleiche Kerbe und in den kommenden Tagen dürften auch Bevin und Herbert Morrison, der Führer des englischen Unterhauses, der nach fünfmonatiger Krankheit wieder auf seinen Posten zurückgekehrt ist, Attlee in seinem Kampf gegen die Opposition mit der ihnen eigenen Energie und Leidenschaft unterstützen. Der Rückkehr Morrisons dürfte übrigens auch ein ernsthafter Versuch folgen, die Differenzen innerhalb der Fraktion der Labour-Party zu beseitigen, die in den letzten Monaten wiederholt offen zu Tage traten. Morrison ist zwar nicht in allen Reihen der Partei beliebt, aber ein geschickter Taktiker und am ehesten befähigt, die "Rebellen" zur Vernunft zu bringen. Den Hauptgrund der Unzufriedenheit bildet nach wie vor die Bevin'sche Aussenpolitik. Sie hat auch weite Kreise der Parteimitglieder erfasst, wie das Ergebnis einer Abstimmung auf dem Gewerkschaftskongress in Glasgow offenbarte, wo die englische Aussenpolitik nur mit 166 : 158 Stimmen, also mit ganzen acht Stimmen Mehrheit, gutgeheissen wurde. Um diese allgemeine Unzufriedenheit zu bannen, hat die Labour-Party mit dem Beginn der zweiten Maiwoche eine grosse Campagne "Sagt es England!" gestartet, die fünf Monate dauern soll und das Ziel verfolgt, die geleistete Arbeit und erzielten Fortschritte dem englischen Volke klar zu machen. Hunderte von Versammlungen werden abgehalten, auf denen Kabinettsmitglieder, Abgeordnete, Gewerkschafts- und Wirtschaftsführer sprechen werden. Sie sollen den von der konservativen Opposition in die Welt gesetzten Gerüchten und Verleumdungen entgegentreten und mithelfen, dass das Vertrauen zur Arbeiterregierung nicht untergraben wird.

Attlee und seine Ministerkollegen wissen, dass auch in den nächsten Monaten mehr düstere als frohe Nachrichten zu erwarten sind, sie sind jedoch fest überzeugt, auch diesen Sturm überdauern und bis zum nächsten Frühjahr durchhalten zu können, an dem nach ihrer Ansicht England auf den Weg zum Wohlstand zurückkehren wird. (b/10/55/1/ha)

Holstein und Schleswig

Von Werner Schumann, Hannover

Unberührt breitet sich das sanftgewölbte, meerumschlungene Land vor dem Reisenden aus, der es aus der Bahn oder vom autobus betrachtet. Der Reisende kommt aus den grossen, zertrümmerten, hungernden Städten, von Kundgebungen und Protestaktionen, und glaubt hier, überrascht, alle Bogen geglättet, Jedoch stehen in diesem gesegneten deutschen Norden, wo einmal Milch und Honig flossen, die brennendsten Tagesereignisse genau so zur Diskussion wie in Essen, München oder Berlin; nur vollzieht sich alles, der wortkargen schleswig-holsteinischen Art entsprechend, mehr in der Stille, gleichsam unterirdisch. Das Land dünkt den, der es durchreist, nahezu menschenarm. Friedlich weiden auf den bis zum Horizont sich dehrenden Koppeln, die baumbewachsene "Knicks" voneinander trennen, Pferde, Kühe und Schafe. Junge Lämmer tummeln sich in der Frühlingssonne. Selten sieht der Reisende so prächtige Schafherden in Deutschland. Dies alles spiegelt einen Wohlstand vor, der in Wirklichkeit nicht vorhanden ist, wenigstens nicht für die meisten Menschen in diesem Lande und schon gar nicht bei den Massen der aus dem Osten hierher vertriebenen Flüchtlinge, die in einzelnen Dörfern das Doppelte und Mehrfache der einheimischen Bevölkerung ausmachen.

Das Schicksal dieser Flüchtlinge beherrscht das Denken und Handeln des ganzen Landes. Keine politische oder wirtschaftliche Debatte ist hier denkbar, in der nicht Not, tägliche Sorge, Arbeitsmöglichkeit und Zukunftsaussichten dieser Vertriebenen und Geflüchteten eine Rolle spielen. Keines der deutschen Länder beherbergt prozentual mehr Flüchtlinge als Schleswig-Holstein, wobei freilich unterschieden werden muss zwischen den ausgewiesenen Flüchtlingen und jenen Flüchtlingen, die sich wegen ihrer politischen Vergangenheit hier niederliessen. In ihren armseligen Behausungen auf den Bauernhöfen sind vier, fünf und sechs Personen zusammengepfercht in einem dürftigen, fast unnöblierten Raum, der im Winter allein durch die Kochhexe geheizt wurde, zum Teil auf Krankentragebahnen schlafend und nur von dem einen Gedanken beherrscht: Wann kommen wir wieder heim? Wann endlich fällt die Entscheidung, ob Pommern, die Neumark oder Westpreussen wieder Deutschland zurückgegeben werden?

Das Verhältnis zu den Gastgebern ist im allgemeinen gut. Die Heimatlosen helfen teilweise bei der Landarbeit und bestellen ihr Gärtlein, um nicht allein auf die Karten angewiesen zu sein. Wie viele Ehepaare, die nach 6 1/2 Tages harter Arbeit im Büro oder in der Fabrik abends noch zum Spaten greifen, um sich als Lohnarbeiter den bitter nötigen Zuschuss an Kartoffeln und Rüben zu verdienen. Land ist im Überfluss vorhanden - in groteskem Gegensatz zu den zerstörten Städten, wo man in diesen Wochen rührend am Werke ist, sich zwischen den Trümmern Miniatur-Gärten zu schaffen. Aber es gibt auch Fälle, in denen Bauern die ihnen zugewiesenen Flüchtlinge vom Hof gejagt haben, bis sie die Behörden unter Androhung drakonischer Massnahmen zwangen, ihrer Menschenpflicht zu genügen. Es sind die gleichen ehemaligen Heil-Schreier, die seit 1933 als Mitglied der NSDAP und der SA als Erbhofbauern üppig auf ihren Pfründen saßen und nicht genug von "Volksgemeinschaft" schwatzen konnten, die gleichen Profit-Jäger, die morgen dem Danebrog zujubeln würden, wie sie es einst dem Hakenkreuz gegenüber taten. Ledig der Flüchtlinge und ihres Anteils an der allgemeinen Last, hoffen sie, unter neuer Flagge, die sie wie ihr Hemd zu wechseln bereit sind, einer Zukunft ohne Sorgen entgegengehen zu können, wo kein Hahn nach ihrer trüben Vergangenheit krähen würde.

Da wäre das separatistische Problem, das dem Reisenden nur zu oft begegnet und das der Südschleswig'sche Verein mit vielem Aufwand nach dem verlorenen Kriege plötzlich aufgeworfen hat. Die Freunde eines Anschlusses Südschleswigs an Dänemark haben in letzter Zeit ihre Gebietsforderungen bis zur Linie Wilster-Neumünster, ja bis in den nördlichen Teil der Stadt Kiel ausgedehnt und damit auch jene Bevölkerungsteile stutzig gemacht,

die bisher mit holsteinischem Gleichmut dem Streit zusahen. Weder in Holstein noch in Schleswig ist auch nur ein einziges dänisches Wort zu hören. Nur die Flagge des dänischen Konsulats in Kiel, die deutsch-dänischen Sprachführer in den Buchhandlungen und die in dänischer Sprache erscheinenden Zeitungen "Flensburg-Avis" und "Slesvigeren" erinnern daran, daß hier die Reibungsfläche zweier Nationalismen liegt. Wer aber vertritt die immer weiter nach Süden greifende Verschiebung der früher verfochtenen Eider-Grenze, wer die Internationalisierung des Nordost-seekanal-Gebietes? Nicht einer unter den Flüchtlingen und Werktätigen, die ich sprach, hat sich mit solchen Forderungen identifiziert, die, wenn sie erfüllt würden, das deutsch-dänische Verhältnis schwer und auf viele Jahre belasten müßten. Dagegen erinnerten die Älteren unter ihnen sich noch sehr wohl der staatspolitischen klugen, weitschauenden Erklärung, die vor nahezu einem Vierteljahrhundert die Sozialdemokraten Deutschlands und Dänemarks, sich dem Chauvinismus mutig entgegenstemmend, zu der auch damals künstlich aktivierten Minderheitenfrage abgaben. Die beiden Arbeiterparteien haben damals jede separatistische Agitation strikte abgelehnt und sich "mit aller Kraft gegen die völkerverhetzende Tätigkeit" der Nationalisten hüben und drüben gewandt. Daran zu erinnern, ist gerade heute die rechte Zeit.

Unter den besitzenden größeren Bauern ist mancher, der, ohne es immer offen einzugestehen, mit den Gedanken der Danisierung des restlichen Schleswig und weiter Teile Holsteins spielte. Man berief sich dabei auf den Großvater, der einst unter dem dänischen König in Kopenhagen gedient und "nur dänisch" gesprochen habe - eine leicht widerlegbare Ahnenforschung übrigens, da ja der dänische Monarch bis 1864 über vier Jahrhunderte lang zugleich Herzog von Schleswig und Graf von Holstein gewesen war. Die Personalunion zwang zu jener Zeit auch alle deutschsprechenden Untertanen, in der dänischen Armee zu dienen. Ernster zu nehmen ist indessen die Abneigung gegen den Preußengeist, der seine Wurzeln in dem Wortbruch Preußens nach 1866 hat. Preußen aber existiert heute nicht mehr, es ist als Staatsgebilde ausgelöscht, und was man auch immer seinen Geist nennen mag - es fehlen ihm alle Realitäten.

Nach dem ersten Weltkrieg gingen dem Lande Hebbels, Storms, Lilienzons und Tim Krögers rund 4000 qkm mit 166.000 Menschen verloren. Eine neue Verstümmelung ist für den kranken deutschen Volkskörper untragbar. Allein die Vorstellung, dann wieder heimatlos und unstet zu werden, ist geeignet, die Flüchtlinge gegen die Verfechter der Loslösung deutschen Landes aufzubringen, in dem auch die Vertreter des Dänentums einst schwuren: "Wir loven, dat Schleswig un Holstein bliven tosamen up ewig ungedeelt".

-. - .

Eine "Nationale Front" in England?

Wie der stellvertretende Hauptschriftleiter der sozialistischen "Tribune", Fred Millaly, auf einer Tagung des Cambridge University Socialist Club mitteilte, sind seit einiger Zeit in England Bestrebungen im Gange, eine neue faschistische Bewegung auf breiter Grundlage ins Leben zu rufen. Ziel der Bewegung, der sich bereits namhafte Persönlichkeiten des britischen öffentlichen Lebens angeschlossen haben, ist die Bildung einer sogenannten "Nationalen Front", in der die extremen Gruppen der Rechten und die englischen Faschisten vereinigt werden sollen. Man glaubt, so erklärte Millaly, der als Verfasser des Buches "Der Faschismus in England" bekannt geworden ist, den Aufbau der "Nationalen Front" in kurzer Zeit vollenden und dann den Kampf gegen die Labour Regierung und gegen die Tories aufnehmen zu können.

(b/B10/55/2/hs)

-. - .

Die Hälfte der Frauen unverheiratet

Ein erschütterndes Ergebnis zeitigte eine Untersuchung britischer Wirtschaftssachverständigen, wie der "Daily Graphic" meldet, ist sie zu der Überzeugung gelangt, daß während der nächsten 20 Jahre weniger als die Hälfte aller heiratsfähigen deutschen Mädchen und Frauen im Alter zwischen 15 und 65 Jahre einen Mann finden wird. Gegenwärtig leben rund 8,5 Millionen heiratsfähige Frauen in der britischen Zone, während die Zahl der Männer im gleichen Alter nur etwas über vier Millionen beträgt. Seit 1939 hat die weibliche Bevölkerung in der britischen Zone um über zwei Millionen zugenommen, während gleichzeitig die Zahl der Männer um etwa 80 000 sank. Die Ziffern für die anderen Besatzungszonen sind nicht genau bekannt, aber das Verhältnis zwischen Männern und Frauen dürfte das gleiche sein wie in der britischen. Auch durch die Rückkehr der noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen Männer wird das Verhältnis nur unwesentlich geändert. Sollte eine Auswanderung größeren Umfangs erlaubt werden, so würde das Problem nur noch erschwert werden, da als Auswanderer in erster Linie junge, arbeitsfähige Männer in Frage kämen. Erst nach dem Jahre 1970 dürfte eine leichte Besserung im Mißverhältnis zwischen Männern und Frauen in Deutschland eintreten. (b/B10/55/2/hs)

Sozialistische Journalistenvereinigung in England

Einer Anregung mehrerer Journalisten aus Manchester folgend wurde jetzt im Unterhaus unter dem Vorsitz von Maurice Webb ein vorbereitender Ausschuss zur Bildung einer Vereinigung der sozialistischen Journalisten in England gegründet, die auf dem Parteitag der Labour Party Pfingsten in Margate vollzogen werden soll. Man schätzt, daß sich der neuen Vereinigung rund 2000 englische Journalisten anschließen werden, die alle Mitglieder der Labour Party sind. Die Vereinigung wird rein politischen Charakter tragen, wird ihren Sitz in London haben und Zweigstellen in jenen Provinzstädten unterhalten, wo größere sozialistische Zeitungen erscheinen. Sie entspringt dem Wunsch, die Journalisten Englands enger zusammenzuschließen, die sozialistisch eingestellt sind, an welcher Zeitung sie auch immer arbeiten mögen. Sie will keineswegs eine Konkurrenz zur "Nationalen Journalisten-Union" sein, der unpolitischen Gewerkschaft der englischen Journalisten. (b/B10/55/2/hs)

Britisch-holländische Grenzkommission

v. S. Amsterdam, Ende April 47

Eine gemischte britisch-holländische Kommission wird sich, wie offiziell mitgeteilt wird, in den nächsten Wochen in die holländisch-deutschen Grenzgebiete begeben, um im Zusammenhang mit den von holländischer Seite geforderten Grenzkorrekturen Untersuchungen anzustellen. An der Spitze der Untersuchungskommission wird der britische Brigade-General A. Prain stehen.

Die holländische Presse zitiert in diesem Zusammenhang an erster Stelle eine Äußerung Bevins auf der Moskauer Außenministerkonferenz, in der deutlich zum Ausdruck gebracht wurde, daß Großbritannien schon während des Krieges im Hinblick auf die schweren Zerstörungen in Holland die Hoffnung ausgesprochen habe, daß es möglich sein werde, künftige territoriale Ansprüche Hollands zu unterstützen, ohne sich jedoch an bestimmte Abmachungen zu binden. Auch die Moskauer Erklärung Bidaults, daß die Verwüstungen in Holland durch den Krieg größer seien als in anderen Ländern und daß die französische Delegation den holländischen Gebietsforderungen sympathisch gegenüberstehe, wird von den holländischen Blättern besonders hervorgehoben.